

Mittelalter mit Strom

In einem Dorf Nepals mit dem Energieminister am Lehmofen. Seite 3



Ruhmeshalle mit Täve

Das Radsportidol könnte doch noch in die »Hall of Fame« einziehen. Seite 19

Foto: imago/Christian Schroedter

Berlin mit Heim

Rot-Rot-Grün betreibt erste eigene Asylunterkunft. Seite 11

Foto: nd/Ulli Winkler

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 20. April 2017

72. Jahrgang/Nr. 92

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Armutszeugnis

Jürgen Amendt über den PISA-Report zur Schulzufriedenheit von 15-Jährigen

Studien und Wahlergebnisse haben eines gemeinsam: Man kann sie stets so interpretieren, dass das Glas entweder halb voll oder halb leer ist. Welche Interpretation im öffentlichen Diskurs vertreten wird, hängt maßgeblich davon ab, welche Intention damit verfolgt wird. Ist man beispielsweise Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, wird man einer Studie, in der festgestellt wird, dass jeder sechste Schüler in Deutschland Opfer von Mobbing ist, eher so lesen, dass fünf Sechstel der deutschen Schülerinnen und Schüler sich in der Schule wohl fühlen.

Der deutsche Lehrerverband hat aber auch gut reden; er ist die Ständesorganisation von konservativen Gymnasial-, Realschul- und Berufsschullehrern. Für sie ist das Mobbing sogenannte Programm – sie nennen es Noten- und Leistungsdruck. Eine PISA-Studie, die zu dem Schluss kommt, dass »für manche die Schule ein Ort der Qual« ist, muss konsequenterweise von dem Verband als überflüssig betrachtet werden.

Es gibt dagegen gute Gründe, die Ergebnisse der gestern in Berlin vorgestellten Sonderauswertung der PISA-Schulstudie von 2015 so zu interpretieren, dass das Glas halb leer ist – auch wenn das deutsche Schulsystem im internationalen Vergleich gut da steht. So ist es für ein Land wie Deutschland, das kinderfreundlich sein will, ein Armutszeugnis, wenn das Gemeinschafts- und Zufriedenheitsgefühl bei Schülern aus ärmeren Familien weniger ausgeprägt ist als bei finanziell besser gestellten Kindern und Jugendlichen.

UNTEN LINKS

Auf der Warnow in Rostock ist ein ungewöhnlich großes Schiff aufgetaucht. Seit Tagen schon ist der Flugzeugträger »USS Carl Vinson« mit unklarem Ziel auf den Weltmeeren unterwegs – ein Wunder wäre es nicht, wenn es sich um ihn handelte. Seit vor Jahren ein US-Präsident an Bord eines Flugzeugträgers auftauchte und die Besatzung auf einen Kampfeinsatz festnagelte, bei dem es um unauffindbare Massenvernichtungswaffen ging, fürchtet die US-Marine nichts mehr als neue Suchaufträge ihres Präsidenten. Trotz des Befehls, »hoch nach Nordkorea« zu fahren, änderte die Flotte des Flugzeugträgers »USS Carl Vinson« inzwischen bereits mehrfach den Kurs. Tagelang fuhr sie in eine Richtung, die dem offiziellen Ziel entgegengesetzt war. Was die Vermutung nahelegt: Sie ist auf der Flucht vor Donald Trump. Und nun hier gelandet. Wegen fehlender Wendemöglichkeit auf der Warnow wird sie sich allerdings ab jetzt auf dem Landweg durchschlagen müssen. uka

Unterhaus stimmt für Neuwahl

Britisches Parlament segnet Plan von Premierministerin May ab



Foto: AFP/UK Parliamentary Recording Unit

London. Die Briten wählen am 8. Juni vorzeitig ein neues Parlament. Die Abgeordneten des Unterhauses stimmten am Mittwoch in London dem Antrag von Premierministerin Theresa May mit großer Mehrheit zu. Die Regierungschefin will mit einem deutlichen Sieg ihrer konservativen Partei mehr Rückendeckung für die anstehenden Brexit-Verhandlungen gewinnen. 522 Abgeordnete votierten für die Neuwahl im Juni, 13 dagegen.

Dem Votum war ein ausführlicher Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition vorausgegangen. Labour-Chef Jeremy Corbyn bezeichnete May als »eine Premierministerin,

der man nicht trauen kann«. Sie habe zuvor immer wieder betont, dass es keine Neuwahl geben werde. Dennoch begrüße seine Partei mehrheitlich den vorgezogenen Umgang. Umfragen sehen einen großen Vorsprung für die regierenden Konservativen und Labour in einem historischen Tief.

May versprach eine starke »Ökonomie, eine starke Verteidigung und eine stabile Führung«, falls die Konservativen die Wahl gewinnen würden. Verärgerung beim politischen Gegner löste sie mit der Ankündigung aus, im Wahlkampf nicht an TV-Duellen teilzunehmen. Auf Großbritanniens Position in

den Brexit-Verhandlungen mit Brüssel wird die Parlamentswahl dem britischen Politikwissenschaftler Simon Usherwood zufolge kaum Auswirkungen haben. May wolle die Schwäche der Labour-Partei ausnutzen und ihre Machtbasis vergrößern. Die Neuwahl wird wohl den Brexit-Fahrplan ein wenig verzögern: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker rechnet mit einem Start der Verhandlungen nun erst nach dem 8. Juni. Dies teilte sein Sprecher nach einem Telefonat Junkers mit Premierministerin May mit. Die Gespräche hätten eigentlich am 22. Mai beginnen sollen. Agenturen/nd Seite 2

Angstzustände in der Wohlfühloase

PISA-Auswertung: Jeder sechste Schüler in Deutschland klagt über Mobbing

Zufriedene und glückliche Schüler haben die besseren Schulnoten. Auf diese Formel lässt sich eine Sonderauswertung der PISA-Studie von 2015 bringen, die gestern veröffentlicht wurde.

Von Jürgen Amendt

Hänseleien, Schubsen, Schlagen, Ausgrenzen, Streuen von Gerüchten – es gibt viele Formen, mit denen sich Kinder und Jugendliche untereinander das Leben schwer machen können. Dass die Schule kein geschützter Raum ist, ist eine Binsenweisheit, die sich in der Studie »Students' Well-Being: PISA 2015 Results« der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) erneut bestätigt findet. In Deutschland wird fast jeder und jede sechste 15-Jährige (15,7 Prozent) regelmäßig Opfer von teils massivem Mobbing an der Schule. Im Schnitt aller OECD-Länder ist sogar nahezu

jeder Fünfte (18,7 Prozent) mehrmals im Monat von körperlicher oder seelischer Misshandlung durch Mitschüler betroffen. »Für manche ist die Schule ein Ort der Qual«, heißt es in der Zusammenfassung der Auswertung. Insgesamt sind Jungen im OECD-Schnitt häufiger Mobbing-Opfer in der Schule als Mädchen. Diese sind aber stärker von Ausgrenzung und bösen Gerüchten betroffen. Allerdings gaben auch 73 Prozent der hiesigen Schüler an, dass sie mit ihrem Leben zufrieden oder sehr zufrieden sind. Der OECD-Durchschnitt lag bei 71 Prozent. Auf einer Zufriedenheitsskala von null bis zehn kamen die befragten 15-Jährigen auf einen Wert von 7,4. Der OECD-Durchschnitt betrug 7,3. »Insgesamt liegt Deutschland im guten Mittelfeld«, sagte OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher.

So haben 15-Jährige in Deutschland weniger Furcht vor

Hausaufgaben oder Tests als Gleichaltrige in anderen Ländern. Allerdings reagieren 22 Prozent der 15-Jährigen nach eigener Aussage sehr nervös auf Leistungsdruck, im OECD-Schnitt sind es 37 Prozent. Verbreitet ist

»Für manche ist die Schule ein Ort der Qual.«

PISA-Autoren

auch die Angst bei der Vorbereitung auf Prüfungen; 42 Prozent bejahten gegenüber den PISA-Forschern eine entsprechende Frage. (OECD-Schnitt: 55 Prozent). Extreme Arbeitsbelastung ist bei deutschen Schülern aber eher selten: 4 Prozent gaben an, dass sie mehr als 60 Wochenstunden in der oder für die Schule aktiv sind (OECD: 13 Prozent). Vergleichsweise wenig Schüler

(59 Prozent) sind hierzulande zufrieden mit der Unterstützung und dem Interesse ihres Lehrers (OECD: 77 Prozent).

Für die GEW-Schulexpertin Ilka Hoffmann stellt die PISA-Auswertung erneut dem deutschen Schulsystem ein schlechtes Zeugnis aus. Die in den zurückliegenden Jahren von der Politik geforderte und geförderte Kultur des Wettbewerbs habe sich negativ auf das Lernklima in den Schulen ausgewirkt, kritisierte sie. »Wir brauchen eine Debatte über eine Abkehr vom gegliederten Schulsystem und weniger Notendruck in den Schulen«, forderte Hoffmann.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus, bezweifelte dagegen grundsätzlich den Wert der Untersuchung und forderte, sich künftig nicht mehr an PISA-Studien zu beteiligen. »Ich werde die Kultusministerkonferenz dazu auffordern, sich das Geld für solche Studien künftig zu sparen«, sagte Kraus. Mit Agenturen

Petry verzichtet auf Spitzenkandidatur

AfD-Vorsitzende will aber weiter um Ausrichtung der Partei kämpfen

Berlin. Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry verzichtet auf eine Spitzenkandidatur für den Bundestagswahlkampf. Petry erklärte am Mittwoch in einer Videobotschaft an die Parteimitglieder, sie stehe »weder für eine alleinige Spitzenkandidatur noch für eine Beteiligung in einem Spitzenteam zu Verfügung«. Die 41-Jährige begründete ihren Schritt damit, dass »drängende Sachfragen« wie etwa die strategische Ausrichtung der Partei unabhängig von Personalfragen diskutiert werden müssten. Petry will mit einem Antrag beim Bundesparteitag am Wochenende erreichen, dass sich die AfD »für den realpolitischen Weg einer bürgerlichen Volkspartei« entscheidet.

Das Kölner Verwaltungsgericht entschied indes am Mittwoch, dass eine weitere Organisation den zentral gelegenen Heumarkt für Protestveranstaltungen gegen den Parteitag nutzen darf. Demnach kann auch das Bündnis »Köln gegen Rechts« neben dem Zusammenschluss »Köln stellt sich quer« auf den Platz, was die Polizei zuvor verboten hatte. Agenturen/nd Seite 5

Rot-Rot-Grün zieht positive Bilanz

Senat in Berlin stellte Ergebnisse des 100-Tage-Programms vor

Berlin. Nahezu alle 60 Vorhaben, die der rot-rot-grüne Senat sich in einem 100-Tage-Programm vorgenommen hatte, wurden auch umgesetzt. Das gab Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) am Mittwoch bei einer Pressekonferenz in der Hauptstadt bekannt. Einzig beim Mieter- und Klimaschutz gab es Verzögerungen aufgrund von Mitzeichnungen verschiedener Verwaltungen. Allgemein sieht der Senatschef das Dreierbündnis aus SPD, Linkspartei und Grünen nach Anfangsschwierigkeiten auf einem guten Weg.

Bei den rechten Oppositionsparteien CDU, FDP und AfD wurde das Ergebnis der Politik der Mitte-links-Regierung in Berlin dagegen deutlich kritischer bewertet. Rot-Rot-Grün fehle es an einer Vision für die Stadt, hieß es unter anderem. Außerdem betreibe der Senat Klientelpolitik, anstatt das Wohl der ganzen Stadt im Blick zu haben. Müller kontierte das mit dem Verweis: »Uns geht es darum, das Thema Solidarität in den Mittelpunkt zu stellen.« mkr Seite 9

UN-Gericht macht Russland Auflagen

Moskau soll Minderheiten auf Krim vor Diskriminierung schützen

Den Haag. Der Internationale Gerichtshof hat Russland auferlegt, die Tataren und Ukrainer auf der Krim vor Diskriminierung zu schützen. Die ethnischen Minderheiten hätten ein Recht auf eigene Organisationen und Unterricht in ihrer Sprache, erklärte das höchste UN-Gericht am Mittwoch in Den Haag und gab damit einer Klage der Ukraine statt. Zum Vorwurf Kiew, Russland unterstütze prorussische Separatisten im Konflikt in der Ostukraine mit Geld und Waffen, lehnte das Gericht eine Entscheidung ab. Die Beweise reichten nicht aus. Kiew hatte Sofortmaßnahmen gegen Russland gefordert.

Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko hat unterdessen seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan für die Unterstützung im Konflikt mit prussischen Separatisten im umkämpften Donbass und im Streit mit Russland um die Krim gedankt. Ankara gilt als traditionelle Schutzmacht der Krimtataren. Auf der Halbinsel stellen sie mit knapp 250 000 Menschen etwa zehn Prozent der Bevölkerung. dpa/nd

